

Rauchmelder kaufen - oder Versicherung wird teurer

SPD will Einbau von Warnanlagen durch finanziellen Druck erreichen / Umdenken im Senat

Thomas Rogalla

Nach der Brandkatastrophe in Moabit denkt die Berliner Bauverwaltung entgegen bisheriger Äußerungen nun doch darüber nach, den Einbau von Rauchmeldern in Wohnhäusern gesetzlich vorzuschreiben. Die Regelung könnte noch in den neuen Entwurf der Berliner Bauordnung aufgenommen werden, den Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) ausgearbeitet hat. Der Entwurf wird zurzeit im Abgeordnetenhaus beraten.

In dem Papier ist bislang keine Einbaupflicht für Rauchmelder vorgesehen. "Aber nach den Brandunglücken der letzten Zeit gibt es eine neue Diskussion und wir werden darüber nachdenken müssen", sagte die Sprecherin der Stadtentwicklungsverwaltung, Petra Rohland, am Mittwoch.

"Rauchmelder sind eine sinnvolle Sache", betonte Rohland. Ihre Verwaltung setze jedoch darauf, dass die Berliner ihre Wohnungen freiwillig mit den preisgünstigen Lebensrettern ausstatten. Batteriebetriebene Geräte sind im Baumarkt schon ab vier Euro erhältlich. Sie warnen bereits bei geringer Rauchentwicklung mit einem durchdringenden Piepton und geben Bewohnern Zeit, zu löschen oder zu flüchten. Bei der Erarbeitung der neuen Bauordnung habe man von einer gesetzlichen Einbaupflicht abgesehen, "weil zum einen die Kontrolle des Einbaus durch die Verwaltung kaum zu machen ist und zum anderen die Wartung der Geräte erhebliche Kosten verursacht - die letztlich auch an die Mieter weitergegeben werden", sagte Rohland. Wenn es zu einer Einbaupflicht komme, "dann nur für Neubauten", schränkte Rohland ein. Den Altbaubestand komplett nachzurüsten sei "nicht realisierbar".

Ähnlich äußerte sich der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Bernd Schimmler**: "Es reicht nicht, eine neue Vorschrift zu machen, man muss dann auch ihre Einhaltung überwachen - und das geht nur mit neuer Bürokratie." In der SPD gibt es laut **Schimmler** derzeit Überlegungen, die Mieter über den "ökonomischen Hebel" zum Einbau von Rauchmeldern zu motivieren. "Wir wollen die Versicherungswirtschaft auffordern, Hausrats- oder Feuerversicherungen um 10 bis 30 Prozent zu verteuern, wenn die Versicherten keine Brandmelder montiert haben." Weil fast jeder Haushalt eine solche Versicherung habe, sei der Anreiz hoch, diese Zusatzkosten zu vermeiden. Außerdem plane seine Fraktion, Vermieter gesetzlich zum Einbau von Rauchmeldern in die Hausflure und Treppenhäuser zu verpflichten.

Die Feuerwehr, deren Chef Albrecht Broemme seit Jahren in der Kampagne "Rauchmelder retten Leben" mitwirkt, spricht sich klar für eine Einbaupflicht aus. "Die meisten Menschen sterben bei Bränden nicht durchs Feuer, sondern durch Rauchvergiftungen", sagte Feuerwehrsprecher Andreas Ohlwein. In mehreren anderen Bundesländern sei der Einbau gesetzlich vorgeschrieben - "aber leider konnten wir uns in Berlin als Feuerwehr nicht durchsetzen". Ohlwein hofft, dass im Parlament noch umgedacht wird. Die Grünen-Abgeordnete Claudia Hämmerling forderte eine Einbaupflicht für Alt- und Neubauwohnungen. Man dürfe dem Kostenargument der Wohnungsbaulobby nicht folgen, wenn es um die Rettung von Menschen gehe. Auch dass es sehr lange dauere, den Altbaubestand nachzurüsten, sei kein Hindernis. "Irgendwann muss man anfangen."

BerZ18082005